

Ehe Von der Leyen wirbt für Gleichstellung

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat sich für eine weitgehende Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe ausgesprochen. Damit nimmt sie in der Debatte eine andere Haltung ein als Kanzlerin Angela Merkel. Zwar müsse man behutsam vorgehen, aber auch feststellen, dass sich in der Gesellschaft etwas fundamental geändert habe, sagte von der Leyen am Montag im CDU-Präsidium. Als Beispiel führte die Ministerin, die auch stellvertretende Parteichefin ist, ihre eigene Familie an, eine „typische CDU-Familie“. Da sei es kein Problem mehr, wenn im größeren Familienkreis zwei Männer oder Frauen eine Lebenspartnerschaft eingehen. „Die alten Tanten haben dann Tränen in den Augen und freuen sich, dass die Neffen und Nichten jemanden gefunden haben.“ In der Union ist diese Haltung umstritten. In einem Grundsatzpapier machen mehrere Bundestagsabgeordnete, die sich zum konservativen Berliner Kreis zusammengeschlossen haben, Front gegen eine Gleichstellung. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes hätten mit Ehe die Gemeinschaft von Mann und Frau gemeint, heißt es in dem Papier. mp



Bundeswehrosoldaten mit G36-Gewehren in Afghanistan

Rüstung Kauder intervenierte vor G36-Beschaffung

Der heutige CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat vor mehr als 20 Jahren interveniert, als es um die Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs für die Bundeswehr ging – das spätere G36. Diese Waffe steht seit einiger Zeit in der Kritik, weil sie unter Präzisionsproblemen leidet. In einem Schreiben an den Abteilungsleiter Rüstung vom 11. August 1994 setzte sich Kauder für den „Aufschub einer Vergabeentscheidung“ ein, damit sich die Arbeitsgruppe Verteidigung der Unionsfraktion des Bundestages noch einmal mit der Auftragsvergabe beschäftigen könne. Offenbar war Kauder besorgt, dass sich die Bundeswehr für ein Konkurrenzprodukt aus Österreich entscheiden könnte. Anfang 1994 war das G36 bei einem Testschießen der Gebirgsjäger als „nicht truppenverwendbar“ eingestuft worden. Kauder, in dessen Wahlkreis der G36-Hersteller Heck-



Kauder

ler & Koch ansässig ist, ging es um „die Erörterung der Arbeitsmarktsituation in der Region Oberndorf“. So steht es in einer Informationsvorlage zur Auswahl des Sturmgewehrs vom 2. September 1994. Darin heißt es weiter, dass sich für Heckler & Koch „in einem absehbaren Zeitraum die Existenzfrage“ stelle, wenn die Firma den Bundeswehr-Auftrag nicht bekomme. Kauder, dessen Wahlkreis und Partei in der Vergangenheit insgesamt mehrere Zehntausend Euro Spenden von Heckler & Koch erhielten, will sich zu den Vorgängen nicht äußern; eine Sprecherin sagte, er könne sich daran „nicht erinnern“. Die Linksfraktion überlegt, nun doch einen Untersuchungsausschuss anzustreben. „Die Seilschaft von Heckler & Koch reicht also nicht nur ins Verteidigungsministerium, sondern in die Spitze der CDU“, sagt der Abgeordnete Jan van Aken. gt

Verteidigung Drohnen mit Lenk Waffen

Die Pläne zur Bewaffnung der zukünftigen Bundeswehr-Kampfdrohnen schreiten weiter voran. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion räumte Verteidigungsstaatssekretär Markus Grübel (CDU) ein, dass „Luft-Boden-Lenkflugkörper und Präzisionsbewaffnung“ künftig bei den Drohnen zum Einsatz kommen könnten. Derartige Geschosse können noch nach dem Abschuss die



US-Drohne

Flughafen verändern und damit eine größere Trefferwahrscheinlichkeit bei mobilen Zielen erreichen. Welche Waffen genau verwendet werden sollen, wird momentan erarbeitet. „Die Pläne zeigen, wie aktiv das Verteidigungsministerium den Drohnenkrieg vorantreibt“, sagt der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko, „das lehnen wir ab.“ Die Bundesregierung hatte sich im Mai auf die Entwicklung einer bewaffnungsfähigen Drohne gemeinsam mit Italien und Frankreich geeinigt. gor

FOTOS: FABRIZIO BENSCH / REUTERS (O.); LICHTGUT / IMAGO (M.); REUTERS (U)